Morgen-Ausgabe Nr. 456 Mittwoch, 28. September 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgeb. bei tägl. zweimal. Zustellung frei Haus monatl. RM. 3.20; Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,84 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf.; außerh. Dresdens mit Mondausg. 10 Rpf.; außerh. Sachsens m. Mondausg. 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 7; Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Der Führer an Präsident Roosevelt

Telegrammwechsel über die tschechische Frage – Wilsons Selbstbestimmungsrecht muß verwirklicht werden

Dresden, 27. September.

Der amerikanische Präsident Roosevelt hat an den Führer ein Telegramm gerichtet, in dem er auf die gespannte europäische Lage hinweist und für eine friedliche Lösung der Schwierigkeiten eintritt. Auf dieses Telegramm hat Adolf Hitler eine ausführliche Antwort nach Washington gekabelt, in der unser Standpunkt zur tschechischen Frage noch einmal klargelegt wird. Der Führer geht in seiner Antwort vor allem auf das von dem amerikanischen Präsidenten Wilson gepredigte Recht der Selbstbestimmung der Völker ein und fordert für die Sudetendeutschen die Verwirklichung dieses Rechtes.

Präsident Roosevelts Appell an den Führer kennzeichnet den Ernst der gegenwärtigen Lage. Das amerikanische Staatsoberhaupt macht sich in seinem Telegramm zum Sprecher von 130 Millionen Menschen, die den Frieden ebenso lieben wie die 75 Millionen Deutschen im Reich. Diese Botschaft aus Amerika gab dem Führer Gelegenheit, noch einmal auf die völkerrechtliche Seite des tschechischen Problems einzugehen. Im Jahre 1918 war es auch ein amerikanischer Präsident, der dem deutschen Volk einen Friedensvorschlag unterbreitete. Das deutsche Volk legte damals die Waffen nieder und erwartete von Präsident Wilson Frieden und Gerechtigkeit. Es erlebte jedoch die furchtbarste Enttäuschung, die man sich denken kann. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, mit dem der amerikanische Präsident seine 14 Punkte krönen wollte, wurde uns vorenthalten und Millionen von Deutschen vom Mutterland getrennt. Heute kämpft das deutsche Volk für die Wiedergutmachung wenigstens eines Teiles dieses an ihm begangenen Unrechtes. In diesem Kampf sollte der amerikanische Präsident und das amerikanische Volk nicht unbeteiligt beiseite stehen. Hier endlich könnten die Versprechungen Wilsons wenigstens in einem Punkt verwirklicht werden. Amerika würde damit eine Ehrenschuld abtragen, die seit 1918 auf seinem Verhältnis zu Deutschland lastet.

Den Wortlaut der Telegramme des amerikanischen Präsidenten und des Führers veröffentlichen wir auf S. 2.

Eine widerspruchsvolle Rundfunkrede Chamberlains

Kein Mitgefühl für das Leid der sudetendeutschen Bevölkerung

London, 27. September.

Premierminister Chamberlain hielt am Dienstagabend im Rundfunk eine Ansprache. Einleitend erklärte er, am Mittwoch werde das Parlament zusammentreten, und er werde dann eine ausführliche Erklärung zu den Ereignissen abgeben. Chamberlain führte weiter aus, wie schrecklich es sei, in England Unterstände zu graben und Gasmasken auszuprobieren, weil es in einem weit entfernten Lande einen Streit zwischen Menschen gebe, von denen man in England nichts wisse. Es scheine noch unmöglicher zu sein, daß ein Streit, der im Prinzip bereits beigelegt worden sei, Ursache eines Krieges werden sollte.

Chamberlain gab an, er verstehe die Gründe, warum die tschechische Regierung sich nicht imstande fühle, die Bedingungen anzunehmen, die in dem deutschen Memorandum vorgelegt wurden. Doch glaube er nach seiner Unterredung mit dem Führer, daß es möglich sein sollte, friedliche Maßnahmen zu treffen für die Uebergabe des Gebietes, das die tschechische Regierung Deutschland abzutreten sich bereiterklärt habe.

Chamberlain behauptete, bei seinem Besuch in Godesberg durch die deutsche Forderung auf eine sofortige Abgabe des Territoriums überrascht gewesen zu sein. Er vermisse Vorbereitungen für die Sicherung der Menschen, die nicht Deutsche seien oder die nicht in das Deutsche Reich eingegliedert werden wollten.

Im weiteren Verlauf der Rede wies Chamberlain nochmals darauf hin, daß die englische Regierung bereit sei, Garantien für die Zusage der tschechischen Regierung zu übernehmen. Er sei überzeugt, daß der Wert der englischen Zusage nirgends unterschätzt werden würde. Er gebe die Hoffnung auf eine friedliche Lösung nicht auf und stelle seine Bemühungen um den Frieden nicht ein, solange irgendeine Aussicht auf den Frieden bestehe.

Wie sehr England auch mit einer kleinen Nation sympatisieren möge, die einer großen und mächtigen Nachbarnation gegenüberstehe, so könne es sich doch nicht unter allen Umständen verpflichten, das ganze britische Reich einfach ihretwegen in einen Krieg zu verwickeln. Wenn England kämpfen müsse, dann müsse es sich um eine größere Entscheidung handeln als diese. Wenn England sich in einen Krieg einlasse, dann müsse es sich klar darüber sein, daß es wirklich die großen Entscheidungen seien, um die es gehe.

Im Augenblick bitte er das englische Volk, so ruhig wie nur möglich auf die Ereignisse der nächsten Tage zu warten. Solange der Krieg noch nicht begonnen habe, bestehe noch immer Hoffnung, daß er verhütet werden könne. Er werde bis auf den letzten Augenblick für den Frieden arbeiten.

*

Die Rede des englischen Premierministers wird in Deutschland in einigen Punkten Verständnis finden, während andere nicht ohne Befremden aufgenommen werden können. Wenn Chamberlain sagt, daß das britische Weltreich nicht wegen eines kleinen Staates in einen Krieg verwickelt werden dürfte, und daß es unfaßbar sei, daß sich die Engländer für ein Volk schlagen sollten, von dem man so gut wie nichts wisse, so ist dem durchaus beizustimmen. Um so verwunderlicher aber ist es, daß der englische Regierungschef kein Wort des Mitgefühls für die unterdrückten Sudetendeutschen gefunden hat, die von den tschechischen Gewaltherrschern aus ihrer Heimat vertrieben, mißhandelt und getötet werden. Wenn heute bereits eine Viertelmillion dieser Sudetendeutschen Haus und Hof, Beruf und Familie verlassen hat, so ist das nicht zu ihrem Vergnügen geschehen, sondern aus bitterster Not. Ueber 200 Menschen haben mitten im Frieden ihr Leben lassen müssen, nur weil sie Deutsche waren. Tausende liegen verwundet in den Krankenhäusern. Der britische Premierminister aber brachte Worte des Mitgefühls nur für die Tschechen auf, von denen Deutschland ja nichts anderes verlangt, als daß sie ihre Herrschaft auf ihr eigenes Volkstum beschränken sollen.

Wenn man den Frieden erhalten will — und daß Chamberlain sich um die Erhaltung des Friedens ehrlich bemüht, wollen wir ihm ohne weiteres zugestehen —, kann man die Dinge nicht in einer derart einseitigen Form darstellen. Während sich in den deutschen Flüchtlingslagern immer mehr Ausländer von dem Leid unserer sudetendeutschen Brüder überzeugen und ihren Abscheu gegen die tschechischen Gewaltmethoden aussprechen, hörte man aus England bisher kein Wort des Mitgefühls für das Sudetendeutschtum. Wenn Chamberlain weiter sagt, daß die tschechische Frage im Prinzip entschieden ist, muß man sich fragen, warum er dann Herrn Benesch nicht die Annahme des deutschen Memorandums nahegelegt hat. Dieses Memorandum besagt nichts anderes, als daß der englisch-französische Plan schnell und entschlossen durchgeführt wird. Hier klafft ein weiterer Widerspruch in den Ausführungen des britischen Regierungschefs.

Unverständlich sind auch Chamberlains Zweifel an der gerechten Behandlung der im Abstimmungsgebiet lebenden Bevölkerung. Von deutscher Seite aus ist in dieser Beziehung eine völlig eindeutige und autoritative Zusicherung gegeben worden. Die nichtdeutsche Bevölkerung hat bei der Durchführung der Volksabstimmung und der anschließenden neuen Grenzziehung nicht das geringste zu befürchten.

Die Garantie, die Chamberlain für Prag übernimmt, wenn er die Einhaltung der tschechischen Versprechungen zusichern zu können glaubt, muß in Frage gestellt werden. Zu oft sind wir von den Tschechen getäuscht worden, als daß wir noch weiterhin bloßen Worten Glauben schenken könnten. Die Tschechen haben ihr Wort immer wieder gebrochen und haben deshalb keinen Anspruch mehr darauf, daß man rein theoretischen Zugeständnissen besondere Bedeutung beimessen könnte. Ein delphisches Orakel bilden endlich die Worte des Premierministers über die „größere Frage", die zu einem Kriege führen könnte. Wir möchten nicht annehmen, daß damit die Möglichkeit eines Präventivkrieges der sogenannten Demokratien gegen die autoritären Staaten gemeint ist.

Wie man sieht, befinden sich in der Rede Chamberlains Widersprüche und Unklarheiten. Es ist zu hoffen, daß der Premier heute vor dem englischen Parlament deutlicher spricht. Die Stunde ist zu ernst, als daß die Lage durch ungenaue Formulierungen der verantwortlichen Staatsmänner noch weiter erschwert werden könnte. Der Führer hat für das deutsche Volk klar und offen gesprochen, und wir erwarten nun von den anderen Beteiligten, daß auch sie eine solche Offenheit aufbringen.

Daladier berichtet dem Ministerrat

Paris, 27. September.

Der französische Ministerrat, der am Dienstagmittag unter Vorsitz des Präsidenten der Republik, Lebrun, im Elysee tagte, hat nach der amtlichen Verlautbarung einen Bericht des Ministerpräsidenten über die internationale Lage und insbesondere über die Londoner Besprechungen Daladiers und Bonnets entgegengenommen.

„Neue Situationen"

Der Prager Rundfunk, dessen ebenso lügenhaftes wie skrupelloses Spiel wir in den letzten Tagen und Wochen oft genug anzuprangern Gelegenheit hatten, läuft auch jetzt noch auf Hochtouren. Selbst dem gewissenhaftesten Chronisten wird es unmöglich sein, all das vollständig zu verzeichnen, was dieser Sender mit der Fixigkeit eines Rastelli an Verdrehungs- und Entstellungskünsten leistet. Freilich, die Zungenfertigkeit der Prager Herren reicht an das wirkliche, artistische Können des unvergessenen großen Jongleurs nicht heran. Denn während es bei einer guten Varietädarbietung darauf ankommt, den Trick nicht zu verraten, konnte man bisher schon mehr als einmal einen Blick hinter die Kulissen des Prager Senders werfen. Der Bluff wird dann offenbar, und die Mangelhaftigkeit der Bata-Regie zeigt sich im grellsten Scheinwerferlicht.

So auch bei einer der letzten Vorstellungen, als der Prager Sender mit dem deutschen Memorandum, das der tschechischen Regierung auf Grund der Godesberger Besprechungen durch den englischen Premierminister Chamberlain übermittelt worden ist, Fangball spielte. Ganz ordnungsgemäß stellte der deutsch radebrechende Prager Zungenartist zunächst fest, daß durch den gemeinsamen deutsch-englischen Schritt Herrn Benesch noch einmal eine Frist von sechs Tagen gegeben ist. Aber dann rutschte er plötzlich aus. Mit einer für den tschechischen Volkscharakter ganz ungewohnten Offenheit gab er nämlich zu, daß die Prager Regierung die sechstägige Galgenfrist nach Kräften dazu benutzen werde, „neue Situationen" zu schaffen.

Man weiß, was Herr Benesch und seine Freunde darunter verstehen: Nicht nur neue Drangsalierungen der sudetendeutschen Bevölkerung — denn sie wären ja nicht neu; nicht nur neue Versuche, einen Weltkrieg zu entfesseln, denn sie währen ja nun schon Wochen und Monate, ja eigentlich ununterbrochen, seitdem die Filiale Prag das Militärbündnis mit dem Hauptquartier der Weltrevolution in Moskau schloß. Was wir in den nächsten Tagen bis zum endlichen Ablauf der gesetzten Frist zumindest zu erwarten haben, ist vielmehr ein Sechs-Tage-Rennen tschechischer Lügen und Verdrehungen, mit denen Prag trotz aller bisherigen Mißerfolge die Welt zu verwirren und auf seine Seite zu ziehen trachten wird.

Einen Vorgeschmack davon konnte man bereits bekommen, wenn man das großspurig „Manifest" genannte Machwerk vernahm, das der tschechische Rundfunk am Sonntag gleich in acht Sprachen von sich gab. Nachdem die von Prag in die Welt gesandten Aetherwellen noch am Freitagabend — während also der Führer und Chamberlain den deutsch-englischen Friedensplan berieten — auf Grund „genauer Informationen" schadenfroh verkündet hatten, die Godesberger Besprechungen seien ergebnislos abgebrochen worden, wurde nun aus derselben „sicheren Quelle" gemeldet, daß Deutschland in Godesberg erneute Forderungen gestellt und dadurch eine ganz neue Lage geschaffen habe. Man beachte die frivole Abwandlung, mit der hier dem Prager Verlangen, „neue Situationen zu schaffen", entgegengekommen wird! Um die Tatsachen aber völlig auf den Kopf zu stellen, wurde in dem „Manifest" schlankweg weitergefolgert, daß England und Frankreich die angeblichen neuen deutschen Forderungen genau so mißbilligen wie Prag, und Deutschland durch sein Verhalten die Verhandlungen um eine friedliche Beilegung der strittigen Fragen zerschlage. Damit glaubte Prag für alle Fälle die Kriegsschuldlüge von vornherein schon in seinem Sinne aufgewärmt und festgelegt zu haben.

Was nun eine angeblich neue Lage betrifft, so ist dazu zu sagen, daß sie allerdings besteht. Aber nicht erst seit den Godesberger, sondern bereits seit den Berchtesgadener Besprechungen. Hier, auf dem Obersalzberg, wurde von Chamberlain und dem Führer gemeinsam jene neue Grundlage gefunden, durch die allein den bisherigen Prager Unter-

Dresden schwört dem Führer Treue

Unter dem Eindruck der Rede des Führers hatten sich am Dienstagabend 100 000 Dresdner auf dem Königsufer versammelt, um in einer nächtlichen Kundgebung flammenden Protest gegen die Unterdrückung der Sudetendeutschen durch das Willkürregiment des Herrn Benesch zu erheben. Nach der Rede des Gauleiters Sauckel verlas Kreisleiter Walter ein Telegramm an den Führer, in dem die Kundgebungsteilnehmer Adolf Hitler erneut ihre unwandelbare Treue versicherten.

(Ausführlicher Bericht auf Seite 8)